

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Neuen Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die Abdruckrechte vorbehalten. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigenraum. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschland kann nicht zahlen

Eine Note an die Entente

Berlin, 15. August. Die deutschen Botschaften in London, Paris und Rom und die Gesandtschaft in Brüssel haben den beteiligten alliierten Regierungen am 15. d. Mts. folgende Note übergeben:

In gleichlautenden Noten vom 14. Juni hatte die deutsche Regierung die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens unter Hinweis auf den an die Reparationskommission gerichteten Antrag auf Aufschub der Reparationsabzahlungen gebeten, eine neue Regelung für die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Ausgleichsverfahren und aus Abschnitt IV von Teil X des Vertrags von Versailles zu treffen. Auf diesen Antrag ist der deutschen Regierung die von ihr erwartete gemeinschaftliche Entscheidung der beteiligten Mächte bisher nicht zugegangen.

Die deutsche Regierung befindet sich hinsichtlich der Deckung des Devisenbedarfs für ihre zwinzenden Lebensbedürfnisse, insbesondere für die von ihr eingegangenen privatrechtlichen Verpflichtungen aus Getreidekäufen in einer sehr schwierigen Lage, die der Reparationskommission und dem Garantiefomitee näher bekannt ist. Seit dem 14. Juli, dem Tage ihres Gesuchs um arderweitige Regelung der Ausgleichszahlungen, ist die Mark von ein Hundertstel bis ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes weiter gesunken.

Es ist der deutschen Regierung daher beim besten Willen nicht möglich, die auf Grund des Abkommens vom 10. Juni 1921 am 15. August fällige Rate von 2 Millionen Pfund den beteiligten Regierungen zur Verfügung zu stellen. In ihrer Note vom 5. August hat die deutsche Regierung der französischen Regierung erklärt, sie werde auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinschaftlichen Entscheidung der beteiligten Regierungen bestrebt sein, ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen. In Übereinstimmung hiermit und um eine Verständigung über die Frage der Ausgleichszahlungen zu erleichtern, auf welche sie den größten Wert legt, wird die deutsche Regierung unter Zurücklegung der sich aus der Devisenlage ergebenden schweren Bedenken den von ihr in ihrer Note vom 14. Juli unter günstigeren Verhältnissen angebotenen Pauschalbetrag von 500 000 Pfund den beteiligten Regierungen zur Verfügung stellen.

Sie hat die zuständigen deutschen Stellen mit entsprechenden Weisungen versehen. (Die Zahlung des in der Note angegebenen Betrages ist heute erfolgt.)

500 000 Pfund gezahlt

Die deutsche Regierung hatte durch gleichlautende Noten vom 14. Juli an die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den Antrag gestellt, hinsichtlich ihrer Verpflichtungen aus dem Ausgleichsverfahren eine anderweitige Regelung zu treffen, und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die monatlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren eine halbe Million Pfund nicht übersteigen sollten. Auf diesen Antrag ist der deutschen Regierung die erwartete gemeinschaftliche Entscheidung der alliierten Mächte bisher nicht zugegangen. Die deutsche Regierung hat deshalb, entsprechend ihrer der französischen Regierung in der Note vom 5. August gegebenen Zusage, auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinschaftlichen Entscheidung der alliierten Mächte ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen, heute einen Gesamtbetrag von 500 000 Pfund zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist dem britischen und dem französischen Ausgleichsamt, die für die heute stattfindende Abrechnung im Kredit sind, nach dem Verhältnis ihrer Anteilssalden überwiesen.

Rabinefsberatung über die Lage

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Wirth hat gestern mittags um 12 Uhr in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung stattgefunden. Gegenstand der Beratungen war der Stand der Moratoriumsfrage nach dem Abbruch der Londoner Konferenz und die Frage der Ausgleichszahlungen. Die Reformminister nahmen an der Beratung teil. Irigend welche Beschlüsse wurden nicht gefaßt, es wurde lediglich die Redaktion der Note vorgenommen, die in der nächsten Ausgabe der Freiheit veröffentlicht werden soll. Die Veröffentlichung dieser Note ist zu Mittag zu erwarten. Heute abend um 6 Uhr tritt das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der die gesamte Lage und wirtschaftliche Lage besprochen werden soll. Das läge und wirtschaftliche Lage besprochen werden soll. Das enorme Anziehen der Devisenkurse hat auch in Regierungskreisen lebhafteste Murren hervorgerufen.

Ein neuer Plan

(E.P.) London, 14. August. Ueber die gestern vom Lloyd George geführten Unterhandlungen verkündet, daß man über einen neuen Vorschlag Poincarés einig geworden sei, und der heute Lloyd George vorgelegt werden soll, und der den Widerstand Lloyd Georges bezüglich der Kontrolle der Parameter und der Wälder überbrücken soll. Der Plan

sieht ein kurzes Moratorium von 6-8 Wochen voraus, für das diejenigen Garantien als Grundlage dienen sollen, über die sich alle Alliierten bisher einig geworden sind, nämlich: Reform der Reichsbank und Export-Ausfuhrabgabe. Vor Ablauf des Moratoriums soll eine neue Konferenz die gesamte Reparationsfrage zusammen mit den interalliierten Schulden behandeln, der Poincaré von neuem seine Vorschläge vorlegen wird. Dieser Plan ist offenbar der Ansicht entsprungen, einen sofortigen Bruch zu verhindern und Italien in der Frage der interalliierten Schulden, die nach Frankreichs Ansicht untrennbar mit der Reparationsfrage verbunden ist, auf Frankreichs Seite zu ziehen. Ein weiterer Vorschlag, der heute vorgelegt werden soll, ist der, daß die 26-prozentige Ausfuhrabgabe für eine Anleihe verwendet werden soll. Die erste Sitzung nach Lloyd Georges Rückkehr findet heute um 11 Uhr in der Downingstreet statt, an der außer Lloyd George Poincaré und Thomson auch Schanzer und Sawashi teilnehmen.

Kommende Konferenzen

(D.A.) Paris, 15. August. Deutschlands Schicksal hängt nunmehr nach dem Abbruch der Londoner Konferenz von der Reparationskommission ab, die, wie berichtet, am Mittwoch, den 16. August, vermittags 10 1/2 Uhr, zu ihrer ersten Sitzung zusammenzutreten soll. Sir John Bradbury, das englische Mitglied der Kommission, ist bereits hier eingetroffen, die Vertreter Italiens und Belgiens werden jeden Augenblick erwartet. Da die Kommission nur noch aus vier Mitgliedern besteht, befürchtet man, daß auch hier keine Entscheidung erzielt werden könnte. Wenn Italien sich auf Englands Seite stellt und Belgien zu Frankreich hält, ist das Stimmverhältnis 2:2. Hier ist man der Ansicht, daß dann der Vorsitzende, der französische Dubois, den Ausschlag zu geben habe. Dubois werde das Moratoriums-gesuch Deutschlands natürlich ablehnen. Der Friedensvertrag sieht aber einen solchen Fall nicht vor und es heißt, daß sich besonders Bradbury dem entgegenstellen werde. Im übrigen steht durchaus noch nicht fest, daß Belgien unbedingt mit Frankreich zusammengehen wird. — Hier verlautet ferner, daß Lloyd George und Poincaré noch am letzten Augenblick übereingekommen sind, in Rom oder in Brüssel eine neue Konferenz abzuhalten.

Die englische Darstellung

(E.P.) London, 15. August. Die englische Regierung veröffentlichte heute über die Schlußfassung der Konferenz am Montag vormittag einen längeren offiziellen Bericht, aus dem hervorgeht, daß der Abbruch der Konferenz nach Vorlegung folgender vier Punkte der englischen Regierung erfolgte:

1. Die Konferenz hätte sich bis Ende dieses Jahres zu vertagen.
2. In der Zwischenzeit müsse die Reparationskommission über die Gewährung oder Ablehnung eines Moratoriums beschließen.
3. Die vom Garantiefomitee beschlossenen und von Deutschland angenommenen Garantien seien sofort durchzuführen.
4. Die englische Regierung verpflichte sich, in der Zwischenzeit von keinem der früheren Schuldner Kapitalien oder Zinsen zu fordern.

Diese Vorschläge wurden von allen Delegierten außer Poincaré angenommen, der als Bedingung für ein Moratorium produktive Pfänder forderte, andernfalls er sich ablehnend verhalte. Lloyd George erklärte, die Konferenz sei gerade deshalb einberufen worden, um ein Moratorium zu beschließen. Es wäre widersinnig jetzt ein Moratorium zu verweigern. Was die von Poincaré geforderten Pfänder angehe, sei England der Ansicht, daß die vom Garantiefomitee vorgeschlagenen Garantien genügen. Die englische Regierung weise die Vorschläge Poincarés nicht aus Sympathie für Deutschland zurück, sondern weil sie der Ansicht sei, daß sie den verfolgten Zweck widersprechen.

Gewerkschaften und Marktfurz

Die Spitzenverbände der Arbeitnehmerorganisationen haben, wie die P.P.M. hören, in den letzten Tagen über die durch das katastrophale Sinken der Mark geschaffene Wirtschaftslage eingehend beraten und sind zu übereinstimmenden Beschlüssen gekommen. Sie werden nunmehr im Sinne der aufgestellten wirtschaftspolitischen Forderungen sofort vorgehen.

Eine demokratische Einheitsfront?

(E.P.) Rom, 15. August. Die Möglichkeit von Renouahien zur italienischen Kammer wird die vier demokratischen Gruppen und die Reformsozialisten vielleicht vor die Notwendigkeit stellen, dem Faschismus eine demokratische Einheitsfront entgegenzustellen. Entsprechende Pläne werden vorbereitet, um der Propaganda des Faschismus besonders in Südtalien zuvorzukommen.

Gewitterschwüle

Der Abbruch der Konferenz in London hat eine überaus schwüle internationale Situation geschaffen. Das wird nicht nur in Deutschland, das am schwersten darunter zu leiden hat, sondern auch in Frankreich empfunden, dessen Vorgehen die Lage herausbeschwor. Frankreichs Standpunkt ist: „Produktive Pfänder oder Handlungsfreiheit“. Die „produktiven Pfänder“ sind abgelehnt. Die Konferenz flog auf. Die Frage des Moratoriums ist der Reparationskommission erneut überwiesen. Welche Erledigung sie dort finden wird, ist heute dunkler denn je.

Die Londoner Konferenz hat sich entschieden gegen die „Handlungsfreiheit“ gewendet. Es ist anzunehmen, daß auch Frankreich wenigstens vorläufig noch davor zurückschreckt, die übrigen Alliierten durch Sanktionen gegen Deutschland zu brüskieren. Das wäre ein sehr gewagtes Spiel mit völlig unsicherem Ausgang. Es wird sich um so mehr abwartend verhalten, wenn zutrifft, was verschiedentlich gemeldet wird, daß in Belgien sowohl wie in Italien sich ein Umschwung hinsichtlich der Pfänderpolitik zugunsten des französischen Standpunkts bemerkbar macht.

In der Schlußfassung der Konferenz wurde gemäß vorangegangener Übereinkunft überhaupt nicht mehr über Moratorium und Reparation gesprochen, sondern einstimmig beschlossen, daß Deutschland die Ausgleichszahlungen von 2 Millionen Pfund Sterling für Ausgleichszahlungen leisten muß. Im übrigen soll es jedem Staat überlassen bleiben, mit Deutschland über die Zahlungen direkt zu verhandeln. Diesem Beschlusse stimmte auch Lloyd George zu. Die endgültige Regelung der Reparationsfrage bleibt weiteren Konferenzen vorbehalten. Ueber eine Reihe von Nachrichten und Kombinationen hinsichtlich beabsichtigter Konferenzen berichten wir an anderer Stelle.

Die endgültige Regelung der Reparationen ist ohne gleichzeitige Annullierung der alliierten Schulden kaum noch zu bewerkstelligen. Die Annullierung würde England, wenn Amerika sich weiter ablehnend verhält, große Opfer auferlegen. Es scheint jedoch noch immer, daß die hieraus sich ergebende Schwierigkeit eher zu überwinden sein würde, als die Pfänderpolitik Poincarés außer Spiel zu setzen. Die Londoner Konferenz hat zur Behebung des wirtschaftlichen und politischen Chaos nicht nur nichts beigetragen, sondern es noch weiter verwirrt. Es wird sich noch mehr verwirren, solange nicht ein Weg gefunden ist, die mitteleuropäischen Währungen zu stabilisieren. Das wesentlichste Interesse mit der Stabilisierung der deutschen Mark erreicht werden.

Zu den deutschen Wirtschaftsverhältnissen allein liegt die Begründung für den abgrundtiefen Marksturz nicht. Ist es auch nicht scharf genug zu verurteilen, daß die deutsche Finanzpolitik jahrelang sich auf die Notenpresse statt auf einen steuerlichen fundierten Etat stützte; mußte auch dadurch notwendigerweise eine Geldentwertung herbeigeführt werden; der Hauptgrund des Währungswundes liegt in den Devisenverpflichtungen. Es ist in der Presse der U.S.P. oft genug darauf hingewiesen worden, wie verderblich die spekulative Devisenjagd an den Börsen wirken mußte. Diese jedoch als Beweis für den gewollten Bankrott Deutschlands hinzustellen, wie es noch heute fortgesetzt in Frankreich geschieht, und wie es auch Poincaré in seiner vorgetragenen Rede vor Vertretern der Presse noch darstellte, ist mehr als eine bloße Verkennung der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft.

Wichtig ist: Lange genug haben selbst Korporationen der Finanzaristokratie in dem Wahne geschwelgt, die kleinläbrige deutsche Währung sei das geeignetste Mittel, die Konkurrenz des Auslandes vom Weltmarkt zu verdrängen. Heute aber liegen die Dinge so, daß die deutsche Industrie zu erliegen droht, weil Devisenpolitik und Devisenspekulation den Stand der Papiermark auf den 250sten Teil der Goldmark herabgedrückt haben und für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft solche Goldmengen notwendig machen, daß selbst die reichhaltige Inflation sich als unzureichend erweist, den Fluß der Betriebskapitalien kontinuierlich zu halten. Im „Berliner Tageblatt“ wurde dieser Tage sogar der Standpunkt vertreten, durch Vermehrung der Inflation der gegenwärtigen Geldfrase abzuhelfen. Das hieße allerdings, abgesehen von den schädigenden außenpolitischen Wirkungen, den Tensel mit Beizehnb austreiben. Aber alle diese Umstände zeigen doch deutlich, wie schnell die fromme Denkart der Markschwundtreudigen als vernichtend Drachengift in der deutschen Wirtschaft wirkte.

Wie und wann endlich aus all dem Elend herauszukommen ist, das die von ihren Hände und ihres stoffes Arbeit lebende Bevölkerung in Block und Eisen schlägt, ist, so lange statt wirtschaftlicher Erkenntnis die Politik der Gewalt die totrunde Weltordnung wieder in Trübsen führt, nicht ersichtlich. Konferenzen sind geplant. Doch Konferenzen haben schon eine ganze Reihe stattgefunden. Sie haben statt Klärung vermehrte Wirral gebracht. Wird es mit den nächsten Konferenzen anders werden?

Was zu erwarten war

Bereits am Sonnabend hatte die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten auf Grund des von der „Freiheit“ zuerst veröffentlichten Zirkulars und ferner auf Grund des Prospekts des Deutsch-ungarischen Bankunternehmens, dessen Hauptmoder der ehemalige Kapitänleutnant Ehrhardt ist und das der Finanzierung der Ehrhardtschen Geheimorganisation dienen soll, die Münchener Polizei dringend ersucht, bei dem als Unterzeichner der Schriftstücke in Frage kommenden Hauptmann a. D. Ehrhard von Buttkammer und bei einem gewissen Emil Schäfer Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Bis gestern abend hatte die Münchener Polizei noch nicht mitgeteilt, ob sie dem dringenden Ersuchen der Berliner Polizei entsprochen hat. Angesichts der lebhaften Nachsicht, die sich gerade die Ehrhardt-Banden und alles, was mit ihnen zusammenhängt, in der bayerischen Hauptstadt zu erfreuen haben, kann die mangelnde Bigotterie der Münchener Polizei nicht weiter Wunder nehmen.

Eine Hausdurchsuchung, die die Berliner Polizei in den Bankgeschäften von Müller & Co., Berlin, Passauer Straße, in der Verbindung mit der deutsch-ungarischen Bankverbindung vorgenommen hat, förderte das Ergebnis zu Tage, daß jeder Zeichner von Anteilsscheinen einen Schein in drei Exemplaren ausfüllen mußte, von denen eins stets persönlich dem Karbottkapitän Ehrhardt in Wien überhandelt wurde.

1 Dollar = 1040 Mark

Die notwendige Folge der Abdrücke der Londoner Verhandlungen und die Unsicherheit, welche Maßnahmen Deutschland zu ergreifen hat, führte notwendigerweise zu einer weiteren gewaltigen Steigerung des Dollarkurses. Die gestrige Börse bemerkte Preise von 1000-1100 M. Dieser gewaltige Marktschwind ist in keiner Weise begründet durch eine plötzliche Aenderung der deutschen Wirtschaftslage. Der Stand der Valuta eines Landes ist in normalen Zeiten hauptsächlich abhängig von der Zahlungsbilanz. Bei der jetzt eingetretenen katastrophalen Marktwertung drängt sich nun sofort die Frage auf: Ist der neue Marktschwind wirklich ein Zeichen für eine so große Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, oder liegen ihm andere Ursachen zugrunde. Es ist außer Zweifel, daß unsere Zahlungsbilanz, d. h. das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben hoffnungslos passiv ist. Aber auch vor dem Mord an Rathenau, nach dem die neue Marktwertung einsetzte, war sie es. Und sie wird es so lange bleiben müssen, so lange den Devisenkäufen zur Erfüllung der Reparationen kein Platz in einem andern Posten entgegensteht. Und diese Posten sind naturgemäß alle passiv, die Einnahmen aus dem Seetransport, Frachtverkehr, der Export aus Dildenden und Ausen international gehandelter Wertpapiere, die ehemals das Rückgrat der deutschen Zahlungsbilanz herstellten, sind heute stark beeinträchtigt. Sichtlich ist im letzten Monat der Kapitalverkehr stark beeinträchtigt worden durch Devisenkäufe für die Reparationen, aber die stehen in keinem Verhältnis zur neuen Marktwertung. Es bleibt also noch der heute wichtigste Posten der deutschen Zahlungsbilanz zu untersuchen übrig, der der Handelsbilanz, hier mögen einige, aus Wirtschaft und Statistik entnommene Zahlen angeführt werden. Die deutsche Einfuhr hat im Juni um 3 Milliarden Mark zugenommen, wobei allerdings eine gewisse Preissteigerung der einzelnen Produkte berücksichtigt werden muß, die Währung hat dem „Wert“ nach um 3 Milliarden Mark zugenommen, ist aber der Menge nach um 2,1 Millionen D. zugenommen. Wie sehen hierin zwar eine Belastung unserer Zahlungsbilanz, da der Einfuhrüberschuß 4639 Millionen Mark beträgt, aber im Mai hatten wir einen Einfuhrüberschuß von 5263 Mark zu verzeichnen.

Die Not der russischen Wissenschaft

Das bellagene Schicksal der Professoren und Gelehrten in Russland hat längst die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Während mehrerer Jahre sind sie, um leben zu können, gezwungen gewesen, sich mit ungenügenden und unregelmäßig gezahlten Gehältern zu begnügen, und sind infolgedessen in die äußerste Armut geraten. Jetzt mußten sie behördliche Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen durch Zuteilung von „Pakets“ gewährt wurde. Diese Pakets sind die Lebensmittelpakete, die von den Verwaltungskörpern an gewisse Bevölkerungsklassen verteilt werden und enthalten gesalzenes Fleisch, Gemüse, Del, getrockneten Fisch, Kaffee u. a. Ihr Zweck ist, das große Elend etwas zu mildern; in dessen sind die Lebensmittel von minderwertiger Güte und die Verteilung erfolgt unregelmäßig.

Viele ausgezeichnete Professoren, die sich eines europäischen Rufes erfreuen, sind gezwungen gewesen, alles, was sie besitzen, bis auf das, was sie ganz unbedingt benötigen, zu verkaufen, selbst Kleidungsstücke und Bücher, die sie für ihre Arbeiten brauchen. Fast alle ohne Unterschied leben mit ihren Familien in einem einzigen Zimmer, das auch der üblichen Einrichtung entbehrt. Die Hilfsunternehmungen unter Leitung von Dr. Nansen haben kürzlich die Frage, wie man den Professoren in Russland helfen könnte, geprüft und sind bereits in die Vorarbeit eingetreten. Durch Briefwechsel mit den Universitäten Russlands sind Listen über notleidende Professoren aufgestellt worden, und am 8. Juni ist durch den Vertreter des Dr. Nansen ein Abkommen mit der Räteregierung abgeschlossen worden, nach welchem es möglich sein wird, Lebensmittelpakete an Professoren und andere Personen wissenschaftlicher Berufe zu verteilen. Nach dem Abkommen vom 8. Juni hat die russische Regierung versprochen, ihre ganze Hilfe diesem Werk und den Verteilungskomitees, die in bestimmten Städten Russlands eröffnet sind, anzudeuten zu lassen. Die Komitees bestehen aus Vertretern der Hilswerke, Professoren und anderen Personen, an welche die Pakete verteilt werden sollen. Das Abkommen sieht eine Hilfe für 2000 Professoren vor. Die Pakete werden durch die Hilswerke individuell an die Professoren verhandelt. Alle erforderlichen Auskünfte und Formulare nebst Professorenliste kann man durch Vermittlung des Deutschen Noten Kreuzes vom Oberkommissariat des Dr. Nansen in Genf erhalten. Die Vertreter des Noten Kreuzes, die gemeinsam mit dem Nansenkomitee arbeiten, berichten, daß das Gefühl der Vereinigung, unter dem die am weitesten Russlands augenblicklich leidet, außerordentlich

Nur richtet sich der Dollarkurs immer noch dem Stand von Angebot und Nachfrage der Devisen, ist also in politisch bewegten Zeiten vollkommen dem Treiben der Devisenspekulation ausgeliefert. Es bestand in all den Wochen nach dem Rathenau-Mord eine irr-sinnige Eile an den Börsen, fremde Devisen zu kaufen, deren selbstverständliche Folge die Marktwertung war. Die Lage war also folgende: die durch Zahlungen für Reparationen und eingeführte Lebensmittel schon an und für sich passiv Devisenbilanz wird durch die Nachfrage, die damals noch wirtschaftlicher Begründung entbehre, noch stärker belastet, so daß die Kaufkraft der Mark sich nur noch der geringen Möglichkeit, Devisen zu beschaffen, richtete. Am deutlichsten wird das durch die täglichen Devisenschwankungen bestätigt. Wir sehen keine einheitliche Abwärtsbewegung der Mark. Von 788 über 869 zu 762. Nach am Sonnabend schien die Abwärtsbewegung beendet zu sein, heute steht der Dollar über 1000. Die weltwirtschaftlichen Folgen der Markkatastrophe sind enorm, die österreichische Krone, die die Bewegung der Mark stets mitmacht, hat kaum den Wert von 1/1000 Cent. Die innerwirtschaftliche Katastrophe ist gekennzeichnet durch den neuen Preis des Marktbrottes mit 31 Mark und die stetig wachsende Teuerung. Die Verelendung der Arbeiterschaft und des Sozialrates wächst ins enorme.

„Objektive“ Behörden

Werden bei einem Arbeiter Waffen gefunden, so wird er unweigerlich verhaftet und eine lange Freiheitsstrafe ist ihm sicher. Und läuft gegen einen Arbeiter eine Anzeige bei den Behörden ein, daß bei ihm Waffen versteckt seien, so kann man überzeugt sein, daß auf dem Tische eine Hausdurchsuchung folgt, bei der vom Keller bis zum Speicher jeder Winkel durchsucht wird. Ganz anders aber verfahren die Behörden, wenn es sich um rechtsgerichtete Kreise handelt, wie aus einer Mitteilung des „Vorwärts“ ersichtlich ist. Bei dem Rittergutsbesitzer Vothe auf dem Gute Mehrow bei Ahrensfelde wurde bereits vor zwei Jahren ein großes Waffenlager von etwa zweitausend Gewehren gefunden. Vothe wurde nicht zur Verantwortung gezogen, wenigstens wurde nichts davon bekannt. Vothe hauptsächlich deshalb sagte er sich, was kann mir weiter geschehen, wenn ich die Sache wiederhole und abermals erwischt werde. Und so legte er ein neues Waffenlager an. Vor einigen Wochen meldete der Amtsvorsteher von Ahrensfelde, daß auf Vothes Gut Mehrow Waffen vorgefunden seien. Oberkommissar Steinauer von der Potsdamer Regierung begab sich nach Mehrow und beschlagnahmte dort Militär-ausrüstungen für über 70 Mann. Wenige Tage darauf setzte der Amtsvorsteher den Oberkommissar in Potsdam telephonisch in Kenntnis, daß außer den gefundenen Militärausrüstungen noch Waffen versteckt seien. Es ist auffällig, daß bereits am nächsten Morgen Vothe wachte, daß bei ihm nochmals eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden wird. Bei dieser zweiten Hausdurchsuchung fand man ein ganzes Lager von Pistolen und Infanteriegewehren. Noch merkwürdiger aber ist, daß Vothe trotz der doppelten Waffenverheimlichung und trotz der schweren Strafe, die das Gesetz vorseht, heute noch frei herumläuft. Für die „Objektivität“ der Behörden eine treffende Illustration.

Trübe Aussichten für die Kartoffelverförgung

Durch Wolks Dürre wird folgende Weidung verbreitet: Mit großer Sorge sehen die Verbraucher der Kartoffelbedingung im Herbst entgegen, und es ist mehrfach die zweifelhafte Frage aufgeworfen worden, ob und welche Vorkehrungen die Reichsbahn getroffen habe, um die kommenden Kartoffeltransporte sicherzustellen. Die Frage der Abförderung der Herbstkartoffeln ist unter Ausdehnung der Erzeuger, Händler und Verbraucherorganisationen im Reichs-verkehrsministerium und im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eingehend erörtert worden. Ein brauchbares Ergebnis ist noch nicht erreicht worden, weil einerseits noch kein Anhalt vorhanden ist über die Kartoffel-anbaufläche und das voraussichtliche Erntergebnis in den einzelnen Provinzen und andererseits noch Kaufverträge vor Ende August schwerlich geschlossen werden. Es heißt somit auch nicht annähernd fest, welche Transportleistungen (nach Menge und Verkehrsbeziehungen) der Eisenbahn obliegen. Die genannten Organisations werden voraussichtlich erst Anfang Sep-

tember nähere Unterlagen in dieser Hinsicht geben können. Es ist mit ihnen vereinbart worden, daß zu diesem Zeitpunkt eine Besprechung der genannten Angelegenheit unter Vorsitz des Eisenbahnzentrums stattfinden wird. Bis dahin lassen sich besonders Vorbereitungen für die Bewältigung des Kartoffelverkehrs eisenbahnseitig noch nicht treffen. Von seiten der Reichsbahn wird selbstverständlich alles geschehen, um eine alatte Abwicklung des Herbstverkehrs, von dem die Kartoffeltransporte nur einen Teil ausmachen, zu erzielen. Ausschließen lassen sich Herbstschwierigkeiten bei dem geringen Kohlenbestand der Reichsbahn nicht.

Oesterreich vor einer Katastrophe

(WZ.) Wien, 15. August. Die heutigen Morgenblätter beschuldigen sich ausnahmslos mit der Teuerung und bezeichnen die gestiegenen bekanntgeordnete Indeziffer, die mit 124 Prozent den Höchststand erreicht, als eine Katastrophe. Die Reichspost begliffert den auf Grund der neuen Indeziffer zur Verteilung der Löhne und Gehaltsansprüche notwendigen Geldbedarf auf 700 Milliarden, eine Summe, die größer sei als der derzeitige Notenumlauf. Das „Neue Wiener Tagblatt“ erklärt, sollte die Indeziffer nicht abgestoppt werden, führe sie in den Abgrund. Die Arbeiterzeitung verlangt, daß die auf ein Viertel des Wertes gesunkene Zwangsanleihe der schon eingetretenen Geldentwertung angeglichen werde. Das Blatt spricht sich über die Behandlung der österreichischen Frage in London pessimistisch aus und erklärt, der Zusammenbruch Oesterreich wäre das Todesurteil über die Bahnstaunderträge, denen Oesterreich sein Zwangsverleihen verdanke.

Lord Northcliffe

In England ist dieser Tage Lord Northcliffe ge-torben. Er war einer der mächtigsten Persönlichkeiten, deren Einfluß weit über die Grenzen Englands hinausreichte. Diesen Einfluß verdankte er weniger der eigenen Größe, als vielmehr der Bedeutung der Zeitungen, deren Eigentümer er war. „Daily Mail“, „Daily Mirror“ (Täglicher Spiegel ein illustriertes Blatt) und vor allem die „Times“ gehörten ihm. Dazu hatte er eine Arbeitsgemeinschaft mit der „New York Times“ angebahnt, die täglich spaltenlange Depeschen der London-Times veröffentlichte. In einem ähnlichen Verhältnis stand er zum Pariser „Matin“.

In weit höherem Maße als die Presse und Medien die deutsche öffentliche Meinung, beherrschte Northcliffe die englische. Beträgt doch die Auflage der „Daily Mail“ allein über zwei Millionen. Als Zeitungsfürst kann ihm höchstens der Amerikaner Hearst und im gewissen Sinne Stinnes an die Seite gestellt werden, nur mit dem Unterschied, daß weder ein Stinnes noch ein Hearst-Organ die Bedeutung der „London-Times“ hat. Allerdings, nicht Lord Northcliffe begründete den Ruf der „London-Times“. Nicht er baute sie zu dem besten Nachrichtenblatt der Welt aus, das in jedem Teil der Erde, in allen Hauptstädten Europas, in Asien und Amerika, in jeder Kolonie des Vitterlandes eigene Korrespondenten hat, gefühnte Journalisten mit einer seltenen Nase für das Wesentliche und einer noch feineren für das, was England und dem englischen Kapitalismus kommt. Aber mit sicherem Instinkt rührte er nicht an diesem Rufe der „Times“. Und trotz aller Voreingenommenheit und persönlicher Feindschaft Northcliffes gegen die jetzige englische Regierung, namentlich gegen Lord George, überwog in der Tendenz der Northcliffeschen Blätter doch die eine große Linie, wie der Einfluß Englands gestärkt und wie die kapitalistischen Interessen Englands am besten gefördert werden können.

Dieser Einstellung verdankte Northcliffe seine Monopolstellung im Arteege als Chef der englischen Propaganda, einer Propaganda, der kein anderes Land etwas ähnliches an die Seite stellen konnte. Strupel konnte er dabei nicht, so wenig wie er Sensationen verschmähte. Dem Sensationsdrang entsprang es auch, wenn er, der der grimmigste Deutschenhaßer war, gerade einen Rudendorff als gelegentlichen Mitarbeiter heranzog und ihm für seine Schmähungen auf die deutsche Republik Millionen zahlte.

Folgen für den Patienten hervorgerufen würden, und diese Abweichung würde gesteigert werden, wenn man einen Arzt vorführt, der nutzlose Operationen nur aus eigennütigen Gründen vornimmt. Der Theaterdirektor Arthur Bourcier, der das Stück aufführen will, behauptet mit Recht dagegen, schwarze Schafe gäbe es in jeder Herde, und es sei heilsam, das Publikum vor solchen Schurken zu warnen. Aus diesem Grunde habe auch Rothchild das Stück geschrieben.

Eine Ausstellungen neuer ägyptischer Funde. Die neuesten Ausgrabungen ägyptischer Altertümer, die von den englischen Archäologen unter der Führung von Prof. Rinders Petrie im letzten Winter unternommen worden sind, haben eine große Anzahl interessanter Funde ans Licht gefördert, die jetzt in der Londoner Universität aufgestellt werden. Darunter befindet sich ein Grabstein des „A f e k e n R e p o r t e r s“. Reporter wird der Mann, der etwa um 3400 v. Chr. lebte, genannt, weil nach den Angaben der Inschrift sein Amt augenblicklich darin bestand, dem König über die neuesten Ereignisse möglichst reich Bericht zu erstatten. Toilettengeheimnisse der ägyptischen Damenwelt aus derselben Zeit werden enthüllt durch eine Anzahl von Gegenständen. Da ist eine kleine Elfenbeinkale, die für die grüne Schminke benutzt wurde, mit der die Schönen mit Hilfe eines Eisenbeinwagens ihre Knaen anmalten. Kohl, ein anderer Farbstoff, wurde in alabasternen Töpfen verwahrt, und sehr schöne Spiegel wurden benutzt. In einer koptischen Einmalelei zu Abydos fand man einen Feuerherd mit zwei Eimern voll Solialohle, die sich der Einwickler sorakalitia für Tage der Kälte aufbewahrt hatte. An den Wänden der Einmalelei befanden sich 82 Pflöcke, an denen er seine Kleider aufhängte. Also auch die Eimern lebten nicht ganz ohne Luxus!

Tagegenotigen

Im Wallner-Theater gelangt Ende vor nächsten Woche das Drama „Medium“ des Wiener Arminio-Philologen und Gelehrtenlehrschen Dr. Leopold Kohns, des bekannten österreichischen Schriftstellers des Kriminalromanens aus der Feder. In diesem Werk, das vor den Gelehrten der hiesigen Frauenwelt, wird das Problem Besessenheit und Hypnotismus in einem Drama auf die Bühne gebracht. Das Drama wird ebenfalls durch Aufführung eines aufsehenerregenden Fortrags vorzuführen, inwieweit durch Suggestion, welche auf der Ebene Unterbewußtsein mit seinen neuartigen Suggestionen-Operationen aufgenommen wurden. Er wird hierzu auch die Suggestionen beschreiben, die leicht beeinflussbare Personen von psychischer Willensbeeinträchtigung befallen werden. Das „Medium“ des Dramas wird von Kohns-Komponist Franz Schöberl aus Wien nach physiognomischen Charakteren dargestellt. Die hiesigen Hauptrollen sind besetzt mit Frau Gertrud Fofelst und Herrn Robert Gortson vom Deutschen Theater.

Am Pranger

Die Zentralkommission der USPD hat an die Redaktion der „Noten-Zeitung“ heute folgenden Brief gerichtet:

Berlin, den 15 August 1922.

An die

Redaktion der „Noten-Zeitung“

Berlin SW. 48
Friedrichstr. 225.

In Nummer 368 der „Noten-Zeitung“ vom 11. August 1922 schreiben Sie: „Die Zentrale der USPD soll diesen Antrag einleiten, sonst müssen wir Beweise bringen, daß sie vor nicht allzulanger Zeit weniger moralisch und dafür ein einnehmendes Wesen befandete.“

Wir fordern Sie auf, sofort zu erklären, welche Tatsachen Sie kennen, auf Grund deren Sie behaupten, daß die Zentralkommission der USPD vor nicht allzulanger Zeit weniger moralisch und dafür ein einnehmendes Wesen befandete.

Die Zentralkommission der USPD.

Darauf antwortet nunmehr die „Noten-Zeitung“ in ihrer gestrigen Abendausgabe folgendes:

„Daß die Mitglieder des Zentralkomitees „Bestechungsgelder“ angenommen hätten, ist in der „Noten-Zeitung“ nicht behauptet worden.“

Damit widerzersetzt das kommunistische Organ offen, was es einige Tage vorher frech behauptet hat. — Es verdeckt diesen lächerlichen Rückzug durch ebenso lächerliche persönliche Anpöbelungen. Ein solches Verfahren richtet sich von selbst.

In der „Noten-Zeitung“ werde ich als „Judas“, „Schmorzer“ usw. bezeichnet. Weiter wird behauptet, ich hätte — als scharfer Gegner der „Noten-Gewerkschaftsinternationale“ — um eine Stellung bei dieser Gewerkschaftsinternationale „geschmarrt“ und dabei zu verstehen gegeben, daß ich um diese Stellung zur KP.D. übertreten wollte. Das ist natürlich erfindlich und erlogen. Ich sehe mich nach den vorliegenden Anpöbelungen nunmehr gezwungen, dem Chefredakteur der „N. Z.“, Heinrich Süßkind, als Schreiber der Artikel, vor Gericht Weisung zu geben, für seine Beleidigungen und Verleumdungen den Beweis zu erbringen.

Diesen Leuten auf andere Weise den Mund zu stopfen, muß als hoffnungslos aufgegeben werden.

H. Haub.

Landarbeiterstreiks

(D.N.) Berlin, 15. August. Der wilde Streik der Landarbeiter im Kreise Oberbarnim hat sich auf 35 Güter ausgedehnt. Die Rothhandarbeiten werden bis auf 2 Güter verrichtet. Technische Rothhilfe ist überall eingesetzt. Auch in Schulpötel genügend bereitgestellt. Man hofft, daß der Streik, gegen den sich auch der Landarbeiterverband ausgesprochen hat, wegen Mangels an Geldmitteln in einigen Tagen zusammenbrechen wird.

Der von einigen Blättern gemeldete Streik auf einigen Gütern im Kreise Dettlisch, der infolge eines Streits wegen eines Klurichens entstanden war, ist schon nach einigen Tagen zusammengebrochen. In einer anderen Gegend des Kreises bestehen noch Differenzen zwischen Gutsherrn und kommunistischen Arbeitern, die aus Land gekommen waren, um unter Erfüllung bestimmter Forderungen Arbeit anzunehmen. Vom Landratsamt sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Bayerische Hehe gegen die Republik

Kronprinz Rupprecht nimmt Paraden ab

Dem „Vorwärts“ wird aus München gemeldet: Die Volkshimmels Bayerns wird wie auf ein unsichtbares Zeichen mit aller Macht für die Ablehnung des Berliner Protokolls präpariert. Alles, was geeignet erscheint, die Instinkte der bayerischen Landbevölkerung und der am Mittwoch zusammen tretenden Delegierten der Bayerischen Volkspartei aufzuwecken, findet dankbare Verwendung. So heißt es, Berlin werde durch die Vereinbarungen die Macht annehmen, die Wittelsbacher aus Bayern auszuweisen. Der Reichspräsident Ebert bestehe jedoch die Kompetenz, den Schriftsteller Toller aus der Schweiz zu entlassen und zum Präsidenten des bayerischen Senats im Staatsgerichtshof zu ernennen.

Soweit es in der kurzen Zeit möglich war, werden in der bürgerlichen Presse die vom Ordnungsbund in Aufruf gegebenen Telegramme, welche den Rücktritt des Grafen Verchenfeld und einen Bruch mit dem Reich fordern, veröffentlicht. Eine große Kundgebung der „Nationalverbände“, ausgehend vom Münchener Ordnungsbund, ist für Dienstag geplant. Sie soll sich gegen den äußeren und inneren Feind richten. Unter diesen wird auch in der Provinz der Boden für die Ablehnung des Kompromisses mit dem Reich und die Festigung der separatistischen und monarchistischen Tendenzen in Bayern bereitet. Die Regimentsfeier des 15. Regiments in Neuburg trug ein monarchistisches Gepräge wie selten zuvor. Der ehemalige Kronprinz wurde mit allen königlichen Ehren empfangen. Vor seinem Quartier wurde ein militärischer Zapfenkreuz abgehalten. Sämtliche Redner erneuerten das Treuegelöbnis zum angehenden Fürstenhaus und zur bayerischen Schwarzen-Rot. Die „Reinheit und Willensstärke unseres kranken Volkes“ wurde gebührend gebührend. Den Schluß der Feier bildete der Abliche Parademarsch vor Rupprecht. Alle diese Einzelheiten werden in der Presse breitgetrieben, um die Monarchisten in Stadt und Land zu weiteren Provokationen in diesem Stil aufzufordern. Das Ministerium Verchenfeld aber kämpft um seine Existenz und steht sich all diesem Treiben gegenüber zunächst zur Latenzhaftigkeit verurteilt.

So arbeitet man in Bayern für „Einigkeit und Recht und Freiheit“...

Professe gegen das Moskauer Bluturteil

Ein Protest der belgischen Arbeiterpartei

(Z.N.) Brüssel, 11. August. Der Generalkonvent der belgischen Arbeiterpartei hat an die Sowjetregierung in Moskau folgendes Telegramm geschickt: „Die Arbeiterklasse Belgiens hat mit Schrecken und Empörung von dem Todesurteil gegen die Sozialrevolutionäre Kenntnis genommen. Die Arbeiterklasse protestiert mit aller Energie gegen dieses unmensliche Urteil und gegen den Beschluß, die Verurteilten als Geiseln politischer Partei in Haft zu halten. Die Arbeiterklasse erwartet die sofortige Freilassung der Verurteilten des revolutionären Sozialismus.“

Ein Protest der tschechoslowakischen sozialistischen Partei

(Z.N.) Prag, 11. August. Das Exekutiv-Komitee der tschechoslowakischen sozialistischen Partei hat heute ein Protest-Telegramm gegen das Moskauer Todesurteil veranlaßt. In einem Telegramm, das nach Moskau geschickt wurde, verlangt das tschechoslowakische Proletariat, daß die Sowjetregierung die Verurteilten nach dem Auslande entlasse.

Der Standpunkt Poincarés

Paris, 15 August. Ministerpräsident Poincaré hat gestern Abend die Vertreter der Presse empfangen und ihnen erklärt: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anklagen wird, daß sie es im Laufe der letzten tschechoslowakischen Verhandlungen an Geduld habe fehlen lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Unser Recht in der Reparationsfrage ist unantastbar. Die Opfer Frankreichs sind bekannt; sie rühren nicht nur von den vom Feinde besetzten Verwüstungen her, sondern auch von denen, die wir und unsere Alliierten haben begeben müssen, um den Angreifer zurückzuwerfen. Nichtsdestoweniger und obwohl man die Bedeutung unserer Forderungen anerkennen mußte, hat man diese Priorität, auf die wir ein Recht zu haben glaubten, nicht anerkennen wollen.

Als wir im Mai des vorigen Jahres den Zahlungsplan annahmen, hofften wir, kein weiteres Entschlossenwerden mehr bezogen zu müssen. Aber seit dieser Zeit hat sich Deutschland nicht nur dem Zahlungsplan entzogen, es hat auch den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark (I) verfolgt. Ich erinnere mir daran, daß es der Tschechoslowakei eine Anleihe von 4 Milliarden Mark anbot, was übrigens Böhmen zurückwies. Es hat Banken in Dänemark, Rumänien und Holland gegründet mit der Absicht, den Verkauf der Mark im Auslande zu erleichtern, sobald die Preise im Innern Deutschlands sinken würden. Andererseits hat Deutschland sein, auswärtigen Schulden, und seine innere Schuld wird stetiger in dem Maße in dem die Mark fällt, während Frankreich und England die Last ihrer ungeheuren Schuld tragen müßten. Mit einem Worte, Deutschland verfolgt mit Beharrlichkeit eine Politik, die es ihm gestattet, vor den Augen Europas Bankrott zu machen und so eine neue Herabsetzung des Zahlungsplanes zu erzwingen. Unwiderstehlich ruiniert das Reich seinen Kredit, aber es hat die Alliierten, eine innere Anleihe zu begründen, die ihm seinen Kredit wiedergeben soll. Deutschland hat außerdem, daß die erste Kreditoperation, die man ihm erwidern, ohne Zwang und ohne Band erlöse. Wenn nun diese Kreditoperation etwa 20 Milliarden Mark für die Reparation ergäbe, so würde Deutschland zu nehmen, daß es genau bezahlte habe. Seine Lage würde also dann besser sein, als die der reicheren Nationen, denn es hätte nur eine schwache innere Schuld, seine Industrie befände sich aber in voller Tätigkeit. Es würde alsdann den Staaten der Alliierten die Dekonomie in der Welt wieder abnehmen, die die Alliierten ihm entzogen haben. Das ist der deutsche Plan.

Poincaré sprach alsdann von der Note Balfours und von seiner Absicht, eine gemeinsame Erklärung aller aus dem Krieg überkommenen Schulden vorzuschlagen. Auch gestern hat er bereit gewesen, diese gemeinsame Erklärung vorzuschlagen. Sie sei aber ausnahmslos wegen des englischen Widerstandes unmöglich. Wir wollten alsdann, fuhr Poincaré fort, daß die Reparationskommission die bestmögliche Verrechnung Deutschlands feststelle, aber wir würden daran durch die von der englischen Regierung ergriffene Initiative gehindert, die, ohne uns vorher verständigt zu haben, erklärte, es sei unerlässlich, das Moratorium zu bewilligen. Ich belege mich, hinauszufragen, daß wir der Ansicht sind, daß diese Initiative freundschaftlich ist, daß sie aber die Entente in Gefahr gebracht hat.

Die britische Regierung hat übrigens die gleiche Initiative dadurch ergriffen, daß sie erklärte, sie unterstütze das Verlangen Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Da nun England hinsichtlich des Moratoriums diesen Standpunkt eingenommen hat, befinden wir uns einer Aufgabe gegenüber. Wir haben deshalb erklärt, daß das Moratorium eine negative Maßnahme sei und daß wir ohne eine sichere und effektive Kontrolle nur etwas Steriles und in der Folge Preiserei unternehmen könnten. Was hat man uns angeboten? Die Prozente der Abgabe vom deutschen Export und die Zolleinnahmen. Damit könnten wir uns nicht begnügen, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die schon im letzten Jahre ergriffen wurde und weil die Haltung der englischen Regierung sich um so weniger aufrecht erhalten ließ, als das englische Kabinett die Verantwortung Deutschlands anerkannte, was aus dem Wort zu den 10 Vorschlägen Lloyd Georges hervorgeht, in dem es heißt:

Die der deutschen Regierung in dem Zahlungsplan vom Mai 1921 auferlegten Zahlungsverpflichtungen sind nicht erfüllt worden. Die Vorauszahlungen wurden nur im Jahre 1921 an den festgesetzten Terminen vollzogen, und die deutsche Regierung teilt nun mit, daß sie unfähig sei, die für die Jahre 1922, 23 und 24 herabgesetzten Zahlungen zu leisten. Die Kohlen- und Holzlieferungen sind nicht vollkommen ausgeführt worden. Die deutsche Regierung hat seit dem Wachsen ständlich ihr Budget ausgedehnt dadurch, daß sie Schatzbonds ausgab und Zahlungen durch Erhöhung des Notenumlaufs bewerkstelligte, aber dadurch die Mark entwertete und ihren Goldwert verlor. In gleicher Zeit hat sie große Summen für Unterstützungen ausgegeben und erst jüngst Maßnahmen getroffen, um dieses Regime zu beseitigen.

Für jeden unparteilichen Menschen, erklärte dann Poincaré, hätte die logische Folge dieses Wortes die Feststellung der Verletzung Deutschlands und das Eingreifen von notwendigen Maßnahmen sein müssen, um die Wiederholung solcher Unterschlagungen zu verhindern. Da man eine Verletzung nicht habe feststellen wollen, habe sich die fran-

sösische Delegation auf eine bescheidenere Forderung zurückgezogen. Sie erklärte, daß sie das Moratorium nur gewähren könne, wenn von gewissen Gütern Besitz ergriffen werde, die sofortige Einnahmen gestatteten, nämlich der 60-prozentigen Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie, Errichtung von zwei Büros am Ausgange der Ruhr wie der Errichtung einer Zollschranke im Rheinland, Einziehung der Steuern im besetzten Gebiet, Ausbeutung der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet und der deutschen Staatswälder. Von englischer Seite wurden alle Maßnahmen, die wir vorgeschlagen hatten, abgelehnt oder ganz abgelehnt. Wir hatten zunächst von Kontrollmaßnahmen gesprochen. Was die Reichsbank anbetrifft, sind wir ungefähr befriedigt worden, aber als es sich darum handelte, dem Garantien auszuweisen, seinen Sitz in Berlin zu geben, hat Lloyd George, nachdem er erklärt hatte, er billige das, nach Anhörung seiner Sachverständigen seine Zustimmung zurückgezogen und Lloyd George hat seine Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligung beseitigen lassen. Die Zollkontrolle selbst wäre unwirksam geworden, weil man sich der Verlegenheit des Garantienkomitees nach Berlin wendete. So verbindet man also eine wirkliche Überwachung, was die Kapitalflucht anbetrifft, die in den alliierten Ländern einer strengen Reglementierung unterworfen ist, so hat die englische Regierung sich dieser ersten Maßnahme widersetzt und vorgeschlagen, man möge sich einfach mit den von Deutschland versprochenen geldgeberischen Maßnahmen begnügen.

Wegen der Kontrollmaßnahmen hätten wir die Verhandlungen nicht abgebrochen. Da wir aber glaubten, daß die Bewilligung eines Moratoriums eine Begünstigung ist, war es unerlässlich, daß wir sie von neuen produktiven Pfändern abhängig machten. Hier war die Meinungsverschiedenheit noch enger. Man hat uns nach und nach die Überwachung der Zollgrenze am Rhein, die Einrichtung einer Zollschranke im Ruhrgebiet und die Beteiligung an den deutschen chemischen und Farbenfabriken verweigert, die, wie man weiß, giftige Gase herstellen können. In der Frage der Staatsgruben, in der wir mit Belgien, und in der Frage der Staatsforsten, in der wir mit Belgien und Italien einig waren, haben wir als Garantie die sofortige Anerkennung gewisser Rechte verlangt. Aber England wollte diese Rechte nicht anerkennen, ausgenommen im Falle einer späteren Verletzung Deutschlands. Man hat uns die außerordentliche These entgegen gestellt, daß wir auf Grund des Artikels 248 nicht das Recht hätten, von allen Pfändern eines im besonderen zu fordern. Ich habe sofort geantwortet, daß wir im Gegenteil, da wir ein Recht auf alle hätten, um so mehr das Recht hätten, ein Pfand zu beschlagnahmen. Die Meinungsverschiedenheiten in der Pfänderfrage sind so weit gegangen, daß Lloyd George selbst vorgeschlagen hat, sie dem Völkerbund zu überweisen. Dem habe ich mich widersetzt, weil ich es für unzulässig hielt, eine juristische Streitfrage in der Reparationsfrage einem Organismus zu übertragen, in dem neutrale Mächte sitzen und in dem England die Aufnahme Deutschlands verlangen wird.

Poincaré sprach sich dann über Artikel 10 der englischen Vorschläge aus, der ein Moratorium bis zum 31. Dezember 1922 vorsehe, aber festsetze, daß während einer bestimmten Zeitperiode die Gesamtheit der Geldzahlungen nicht den Ertrag der 20-prozentigen Exportabgabe übersteige. Darauf habe er bemerkt, er könne nicht angeben, daß man auf diese Weise für eine unbestimmte Zeit die feststehende Jahreszahlungen des Zahlungsplanes vom Mai 1921 aufhebe und daß man schon jetzt zu einer Beschränkung schreite, die die Reparationskommission wünsche. Was die internatibnale Anleihe anbetrifft, so habe er erklärt, daß die Vorbereitung hierauf mehr in einer Sanierung der deutschen Finanzen als in der Bewilligung eines Moratoriums zu finden sei. Die französische Regierung hätte kein Moratorium ohne Pfänder annehmen können, sie sei aber bereit, die Frage in ihrer Gesamtheit zu prüfen und habe deshalb verlangt, daß man die Dinge so besetze, wie sie im Augenblick liegen, und daß man die Frage im November wieder aufnehmen könnte, daß aber Deutschland bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen müsse.

Was immer Lloyd George auch erklärt habe, Deutschland könne zahlen. Es habe in der Reichsbank eine Milliarde im Depot, davon könnte man die notwendigen 100 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark, der übrigens auf andere Ursachen zurückzuführen sei, aber Gefahr zu beschleunigen. Welchem nachmittags habe man den Beweis geliefert, daß Deutschland zahlen könne, denn man habe die Zahlung von 2 Millionen Pfund Sterling beschlossen und alsdann ein sehr lautes Moratorium angeboten, ausgedehnt durch Kontrollmaßnahmen, aber die man sich einmüht hätte. Er habe diesen Vorschlag nicht annehmen können, weil er kein Pfand bringe. Er habe einfach erklärt, daß er sich der Entscheidung, die getroffen worden sei, nicht habe anschließen können. So habe man sich in sehr freundschaftlichem Geiste getrennt, aber er habe für die französische Regierung das Recht verlangt, aber die Folgen zu beraten, die diese Uneinigkeit nach sich ziehe. Man habe ihm geantwortet, daß sei ein Bruch der Entente, er aber habe erklärt, er glaube nicht daran. Er für seinen Teil wolle ihn vermeiden, vorausgesetzt indessen, daß er die Interessen seines Landes nicht zu opfern brauche. Ein Bruch zwischen der englischen und der französischen Regierung wäre tatsächlich ein großes Unglück, aber die gegenseitige Abneigung der beiden Völker wäre noch viel ernster.

Eine Straßenkundgebung gegen das Bluturteil

(Z.N.) Prag, 12. August. Nach Beendigung des Meetings gegen das Moskauer Todesurteil im Saale Jozsa von gestern Abend eine vieltausendköpfige Menge mit wehenden Fahnen und unter Führung der tschechoslowakischen Nationalhymne und der Internationale zum Denkmal von Johann Hus, wo sie etwa um 10 Uhr anlangte. Trotz des stürmenden Regens war die Manifestation außerordentlich wirkungsvoll. Der Straßendemonstration wurde einmüht, unacheure Mengen schlossen sich den Demonstranten an. Als die Demonstranten am Bestimmungsort anlangten, konnte der ungeheure Platz die Menge nicht fassen. Die Stimmung war erregt und den Kommunisten feindselig. Die Erregung richtete sich insbesondere gegen die Kommunistenführer Šmeral und Munar. In den Pausen während des Gesanges der Internationale erklangen donnernde Rufe: „Nieder mit den Kommunisten“, „Nieder mit den Galacenzian“, „moralischer Tod dem Šmeral und dem Munar!“ Die Wut der Menge gegen die Kommunisten war so groß, daß sich ein Teil von ihr zur Sowjetmission begab und es den Leitern der Demonstration große Mühe kostete, die Menge von Erregten zurückzubalten.

Aus der Partei

Für die Einheitsfront

Am Dienstag, den 8. August fand in Lüttich eine außerordentliche Parteiverammlung unserer Partei statt, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft und der Vereini-

anna mit der SPD, beschäftigte. Genosse Kjebiec-Königsberg referierte über dieses Thema und sprach sich in zustimmendem Sinne aus. Nach längerer Diskussion wurde die nachfolgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen: „Die am Dienstag, den 8. August tauchende außerordentliche Parteiverammlung der USPD, erklärt sich nach dem Referat des Genossen Niebiger mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien einverstanden. Sie hofft, daß durch dieselbe der Weg zur einmühtigen Vereinigung der beiden auslaugenden Arbeiterparteien freigelegt ist und erwartet von der Parteileitung der USPD, daß sie alles unternimmt, um diese Vereinigung zu fördern.“

Die amerikanische Anleihe für Polen. Die von Amerika bewilligte lanfristige Anleihe, welche Polen auf Grund der am 14. Mai d. J. in Paris getroffenen Abmachungen ausgesetzt worden ist, ist bereits zur Zeichnung in New York ausgesetzt worden. Eine Anzahl interessierter Kapitalgeber amerikanischer Finanz-Kreise befindet sich auf dem Wege nach Warschau, um nähere Einzelheiten mit den polnischen Behörden zu besprechen. Die Anleihe wird 50 Millionen Dollar betragen und ihre Laufzeit ist auf 30 Jahre festgesetzt worden.

750 000 Arbeitslose in Sowjetrußland. Nach einer amtlichen Meldung aus Moskau waren bis zum 1. August im europäischen Rußland insgesamt 750 000 Arbeitslose registriert.

Der Kampf um die Wohnung

I.

Die in mittel- und westeuropäischen Staaten besteht ganz allgemein, gleichgültig ob sie am Weltkrieg teilgenommen haben oder neutral geblieben sind, seit 1919 Wohnungsmangel, zum Teil Wohnungsnot.

In Deutschland, vor allen Dingen in den größeren Städten und Industriezentren, hat in der Nachkriegszeit die Wohnungsnot so traffe Formen angenommen, wie man sie früher nie für möglich gehalten hätte.

Während vor dem Kriege der jährliche Wohnungszuwachs die Zahl von etwa 200 000 im Reich erreichte, fiel die Herstellung von Wohnungen durch Neubauten im Kriege fast völlig aus. Nimmt die Zahl der jährlich unbedingt erforderlichen Wohnungen mit 160 000, die Zahl der nach dem Jahre 1914 erstellten Wohnungen mit insgesamt 300 000 an, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 8 mal 100 000 minus 300 000 = 800 000 oder rund 1 Million Wohnungen.

Die Wohnungsverhältnisse der nördlichen und östlichen Berliner Bezirke müssen als trostlos bezeichnet werden. Schon vor dem Kriege lebten hier 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit mindestens 5 Personen besetzt war. 400 000 Wohnungen hatten nicht mehr als 1 heizbares Zimmer und 45 Prozent aller Wohnungen lagen in Dinstierhäusern.

Folgende Zahlen sollen einen Überblick über die Wirkungen des Krieges auf den Wohnungsmarkt geben:

Errichtet wurden im engeren Berlin im Jahre 1912 = 253 Wohnhäuser mit 7508 Wohnungen
1913 = 168 " " 4380 "
1914 = 60 " " 1817 "
Diese Zahlen sinken auf im Jahre 1915 = 36 Wohnhäuser mit 753 Wohnungen
1916 = 12 " " 208 "
1917 = 1 Wohnhaus " 16 "
1918 = 1 " " 34 "

Der sich vorfindende Zahlen genauer ansieht und vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte bewertet, wird finden, daß trotz der vorher erwähnten trostlosen Wohnungsverhältnisse der nördlichen und östlichen Bezirke eine sinkende Tendenz bezüglich des Wohnungsbaues vorhanden ist. Die Privatwirtschaft hatte kein Interesse daran, neue Wohnungen in der Vorkriegszeit zu erstellen, weil die Profitrate nicht günstig war. Hinzu kommt auch, daß der öffentliche Apparat Schwierigkeiten in der Ausschüttung der Gelände machte.

Der schon in Berlin ein Mehrbedarf durch Minderstellung von Wohnungen vorhanden, so steigerte sich der Wohnungsbedarf in besonders starkem Maße durch Flüchtlinge aus den abgetrennten und besetzten Gebieten. Es wurden allein im engeren Berlin im Jahre 1920 133 000 Wohnungen gesucht, denen ein Angebot von etwa 32 000 Wohnungen gegenüberstand.

Was ist von der Kommune zur Behebung der Wohnungsnot getan worden?

Die Stadtgemeinde Berlin wurde durch die nach dem Kriege einsetzende und sich von Tag zu Tag steigende Wohnungsnot veranlaßt, sich ernstlich mit dieser Frage zu befassen. Um schnell zum Ziele zu gelangen, kam man überein, Wohnraum

1. durch Beschaffung hergerichteter defolater (unbrauchbarer) Wohnungen,
2. durch Ausbau, bzw. Umbau von Läden und gewerblichen Räumen zu Wohnräumen,
3. durch Teilung übergroßer Wohnungen,
4. durch Zuschußgewährung zum Ausbau von Wohnläuben,
5. durch den Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnzwecken,
6. durch den Bau von sogenannten Kleinsiedlungen zu schaffen.

An der Durchführung der Maßnahmen waren die von der Stadt Berlin eingerichteten Wohnungsämter, der Wohnungsverband und das Siedlungsamt beteiligt. Zieht man die Bilanz aus der Tätigkeit dieser Einrichtungen, so ergibt sich, daß im Gebiete der jetzigen Stadtgemeinde Berlin

in den Jahren 1919 bis 1921 über 35 000 Wohnungen mit einem Aufwand von etwa 302 Millionen Mark gewonnen wurden.

Das Berliner Wohnungsamt, im Jahre 1913 geschaffen, mit der Aufgabe, Ueberflüssiges über die bestehenden Wohnungsverhältnisse zu bringen, hatte nach vorübergehender Schließung infolge des Krieges für seine Tätigkeit das Preussische Wohnungsamt vom 28. März 1918 zur Grundlage. Dieses Arbeitsgebiet trat aber vollständig in den Hintergrund infolge der Durchführung der Bestimmungen der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918.

Die Tätigkeit der Berliner Wohnungsämter erstreckte sich daher im wesentlichen auf die Bewirtschaftung vorhandenen Mieträume und nicht auf die Schaffung neuer Wohnungen. Die Mittel hierfür wurden durch die Wohnungsämter in Form von Zuschüssen gegeben oder unmittelbar zur Herrichtung von Räumen verwendet.

Die Bezirke des engeren Berlin (1-6) haben mit etwa 10 Millionen Mark Zuschüssen insgesamt an 10 000 Wohnungen gewonnen. Die Außenbezirke (7-20) mit 12 Millionen Mark 5200 Wohnungen.

Demnach sind für die Summe von 22 Millionen Mark Zuschüssen 15 000 Wohnungen gewonnen.

Dem Wohnungsverband Groß-Berlin wurden im Jahre 1919 bis 1920 rund 17 000 Wohnungen bezuschußt, vom Siedlungsamt 3000 Wohnungen. Es wurden hier mit einem Kostenaufwand von rund 341 Millionen Mark 20 000 Wohnungen bezuschußt. Auf die einzelne neuerstellte Wohnung kommt also ein Zuschuß von 17 000 Mark aus öffentlichen Mitteln.

Die Tätigkeit der Berliner Wohnungsämter kommt heute für eine Beschaffung neuen Wohnraumes so gut wie gar nicht mehr in Frage und ihre Maßnahmen nehmen immer mehr polizeilichen bzw. verwaltungsmäßigen Charakter an, man möchte beinahe sagen, daß diese Einrichtung heute zu einem Institut zur Verhütung der Obdachlosigkeit geworden ist. Diese Betrachtung ist aus der Erkenntnis gemacht, daß der vorhandene Wohnraum bis auf einen geringen Prozentsatz erfüllt ist.

Die anerkanntwertige Arbeit der eingeleiteten Wohnungskommission muß zwecklos werden, da so gut wie keine Aussicht besteht, selbst die anerkannt dringlich eingetragenen Wohnungsuchenden unterzubringen.

Die Wohnungsämter, ursprünglich geschaffen, den Missetänden im Wohnungswesen zu hemmen, müssen unter allen Umständen wieder ihren ursprünglichen Zwecken zugeführt werden. Wer in verantwortlicher Tätigkeit täglich die Wohnungsverhältnisse in den Arbeitervierteln beobachtet, muß sich nicht, wie 10 Personen und mehr in einem Zimmer zusammengequält leben müssen und dabei feststellen, daß sich unter den Bewohnern Unzufriedenheit befindet, dem drängt sich der Gedanke auf, daß alle die Mittel, die von Seiten der Kommune für die Vermeidung sozialer und hygienischer Schäden angewandt werden, nutzlos sind, wenn nicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens grundsätzlich etwas geschieht, und daß, wenn nichts geschieht, ein Teil der Bevölkerung einfach dahinsinken muß.

Was die Teilung übergroßer Wohnungen anbetrifft, so kommen hauptsächlich die weßlichen Vororte in Frage. Hier ließe sich, mit erheblichen Mitteln, die, aber anzubringen die Stadt Berlin nicht in der Lage ist, ein kleiner Prozentsatz von Wohnungen schaffen. Es sei hier darauf hingewiesen, daß den 20 Berliner Bezirken für die Herrichtung defolater Wohnungen und für Abtrennung übergroßer Wohnungen in diesem Jahre insgesamt nur ca. 18 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Hier muß der Grundlag zur Geltung kommen mit dem geringsten Aufwand den höchsten Effekt zu erzielen, d. h. Wohnungen zu schaffen, ganz gleich, welcher Bezirk die Mittel erhält.

Ein Kapitel für sich ist die Beschaffung von Wohnläuben.

Durch die Entwicklung zur Großstadt machte sich bei der erwerbstätigen Bevölkerung der Drang zur Erholung bemerkbar, und man ging dazu über, auf den nicht allzu ent-

fernt gelegenen Geländen Lauben zu errichten, um nach des Tages Losen sich in frischer Luft auszurufen. Aus gesundheitlichen, erzieherischen und ethischen Gesichtspunkten sind Kleingärten vom Wohlfahrtsministerium gefördert worden. Durch die Nachkriegsverhältnisse ist dieser Gedanke der gelegentlichen Erholung in den Hintergrund gedrängt worden, und man ist dazu übergegangen, in den Lauben schloß zu werden. Es wurde zwar hierdurch Wohnraum geschaffen, der aber vor allem in hygienischer und wärmetechnischer Beziehung manches, wenn man nicht behaupten will, vieles, zu wünschen übrig läßt. Außerdem kommt hinzu, daß der Kommune große Kosten entstehen, da kein Bebauungsplan (man komme hier nicht mit dem Vorwurf des Bürokratismus) der den Förderungen der Hygiene und öffentlichen Sicherheit Rechnung trägt, vorhanden ist.

Durch die Beschaffung von Wohnläuben sind wilde Siedlungen entstanden, durch welche wir wieder in weit zurückliegende Zeiten zurückkommen müssen. Es sei nur daran erinnert, daß auf verhältnismäßig kleinem Flächenraum die Fälligkeiten verfiel, wodurch die Gefahr der Seuchen riesengroß wird. Dann ist es doch schon vorgekommen, daß in einer derartigen Laubenkolonie 2 Kinder verbrannt sind, weil Hydranten in nächster Nähe nicht vorhanden waren. Der Kommune werden hier zunächst einlaß weniger in schlechten Verhältnissen Lebenden unabweisbare Kosten aufgebürdet, die durch die erforderlichen Gas-, Wasser-, Kanal- und Straßenanlage in die Millionen gehen.

Der Ausbau von Dachgeschossen ist wohl in den Vororten zum Teil möglich, kann aber im alten Berlin trotz vorhandener Ausbaubehelfen — selbst unter baupolizeilicher Dispenserteilung — aus den bereits vorher erwähnten Gründen bezüglich defolater Wohnungen und Ausbau von Läden usw. nicht befürwortet werden. (Schluß folgt.)

Die Mietssteigerung zum 1. Oktober 1922

Die „rote Fahne“ bringt in ihrem bekannten rein demagogischen Ton Notizen über die Verhandlungen des hiesigen Wohnungsausschusses. Wir fühlen kein Bedürfnis, uns mit den Kommunisten in eine Diskussion einzulassen. Die Leute wollen hegen und nur hegen. Ihnen ist an einer sachlichen Erörterung nie etwas gelegen. Sie sind zufrieden, wenn sie „entlarven“ können. Wir halten es für richtiger, die Dinge sachlich zu behandeln. Eine Erhöhung der Mieten ist ja bis zu einem gewissen Grade unausbleiblich. Die Gefahr besteht auch weniger in der Erhöhung der Mieten, als darin, daß auch diese Maßnahmen noch nicht die geringste Lösung der immer mehr sich steigenden Wohnungsnot bedeutet. Der Sachverhalt ist zunächst der folgende:

Auf Grund der Preussischen Ausführungsverordnung vom 12. Juni 1922 zum Reichsmietengesetz muß die Stadt Berlin eine Bekanntmachung erlassen, welche die Sondernormen zur Grundmiete festsetzt und die Durchführungsbestimmungen enthält. Der Ausschuss für das Wohnungswesen hat sich in mehreren Sitzungen nach Anhörung der Mieter- und Vermietervertreter mit dieser Materie befaßt und sind dem Magistrat Vorläufe unterbreitet worden. Ob der Magistrat und Oberpräsident sich diesen Vorläufen anschließen werden, muß abgewartet werden.

Das Gesetz sieht als gesetzliche Miete die Friedensmiete (1. Juli 1914) vor. Nach der Ausführungsverordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt sind von der Friedensmiete abzusetzen: 20 Prozent für Betriebskosten, in Häusern mit Sammelheizung weitere 9 Prozent, für Warmwasserbereitung weitere 3 Prozent und je 2 Prozent für Wasserkraft usw. und Spiegelglasversicherung.

Die sich nach Abzug vorstehender Prozentsätze ergebende Summe bildet die Grundmiete, auf die Dunderfläche zuzuschlagen werden. Um die Sondernormen zur Grundmiete zu ermitteln, sind in Groß-Berlin 63 Typenhäuser (unter Zuzugabe von Mieter- und Vermietervertretern) herangezogen

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(20. Fortsetzung.)

Der alte Kraft sah es mit Schagen. Er erbot sich, den Philipp auch ein wenig im Klavier zu unterrichten. Ganz umsonst. Und er riet der Klar, ihm auch Violinstunden geben zu lassen. In Mainz bei einem Militärmusiker. Die Klar besorgte seinen Rat. Am folgenden Sonntag ging sie mit dem Philipp nach Mainz, kaufte ihm eine Geige und suchte den empfohlenen Militärmusiker auf, der für fünfzig Pfennig die Stunde den Violinunterricht übernahm.

Nun ging der Philipp zweimal in der Woche nach Mainz, zu Fuß, die lange Straße hin, seine Geige in einem grünen Sack auf dem Rücken. Manchmal war das Feld so weit und leer, und er fürchtete sich am hellen Mittag. Dann kam er in die belebte Stadt und fühlte sich wohl. Dester aber tat es ihm wohl, durch die Ruhe zu schreiten und seinen Gedanken nachzugehen. Er beobachtete das Feld, die Bienen, die Bäume. Die Vögel und den Flug der Vögel — die Raben, die im Winter nach dem Dorfe zu sich zogen, die Stare, die im Herbst in die Weinberge einfielen, die Spazzen, die in den Kirchtürmen zankten. Und das ganz Seltene: die Schneegänse, die vorbeizogen. Kein Mensch im Dorfe, der sie gesehen. Aber der Philipp hatte ihnen nachgesehen und hatte sie an dem Dreieck erkannt, das sie im Flug bildeten. Einmal hatte er sogar Kraniche gesehen, die das Seltsame entlang flogen.

Er kannte bald jeden Baum, jeden Aker, und bemerkte die geringsten Veränderungen in der Farbe, in der Form, in den kleinsten Einzelheiten. Und manchmal kam er in Mainz an, ohne recht zu wissen, wie er hingekommen war. Er hatte die zwei Stunden richtig verträumt. Und wenn er sich recht erinnerte, so wußte er trotzdem alles, was er gesehen hatte, wer ihm begegnet war, und es fiel ihm sogar ein, was er bei diesem und jenem Anblick, bei dieser und jener Gelegenheit gedacht und wor sich hingelagert hatte. Denn das hatte er von seiner Mutter geerbt, er neigte zu Selbstgesprächen.

In der Musik war er nicht berühmt. Es ging ihm schwer. Und seine Geige wollte den Kraxton absolut nicht verlieren. Es lag wohl auch an der Geige ein bißchen. Die Mutter hatte sich eine böse Schachtel aufgehängt lassen. Nun, es tat sein Bestes, was er konnte, und was er nicht fertig brachte, das ließ er sich nicht allzusehr bedrücken. Er neigte ein bißchen zum Leichtsinne. Er konnte es nicht lassen, seine Spuzen und Narrenstreiche zu machen. Es war im Grunde wieder etwas von seiner Mutter. Die ließ auch leicht Gott einen guten Mann sein, und ließ liegen, was sie nicht aufheben konnte.

So kam wieder Fastnacht. Dem Philipp juckte es. Und er hatte in Mainz alle Fastnachtsvorbereitungen verfolgt. Manches davon trug er heim ins Dorf, und es wurde angenommen, ohne daß man gefragt hätte, wer's gebracht habe.

Aber an Fastnacht wollte der Philipp was ganz Besonderes machen. Und nicht umsonst hatte er ja auch seine Geige. Sie schimpften ihn den „Studenten“ und den „Danzoch“. Nun, er wollte ihnen mal zeigen, daß er beides war.

Er machte sich von Papier eine grüne Studentenmütze, strich sich mit roter Farbe ein paar Schmitze ins Gesicht, wie er sie in Mainz wiederholt gesehen hatte, zog seinen Heberzieher links an und klebte sich einen Schnurrbart unter die Nase. Dann nahm er seine Geige und ging auf die Straße. Er fiedelte und tanzte. Die Mutter stand am Hofe und sah ihm nach und schlug sich die Arme zwischen die Beine von Lachen. Im Ru hatte der Philipp ein Rudel Kinder hinter sich. Sie johlten und schrien. Und er fiedelte und machte seine Vocksprünge. Es war ja Fastnacht.

Der Philipp hatte sich ein Liedchen gemacht. Wußte es der Teufel, wie es ihm eingefallen war. Er sang: „Nach der Katz den Schwanz ab, had ihn vor nei ganz ab, loh en noch e Stäcke fies(n), daß se kann spaziere geh(n).“

Das gröhle er und kratte es auf seinen Geige. Und die Kinder sangen es mit, bald laut und leise, wie er es angab.

Es dauerte nicht lange, so war das Lied im ganzen Dorf. Und der Philipp war nun auch ins Dorf hin-

eingedrängt. Wie dem Rattenfänger folgten ihm die Kinder.

Ein paar Leute sagten, er sei verrückt geworden. Andere freuten sich und lachten.

Als die Klar am Thomas seinem Haus an dem Wegweiser stand, wo auch einige Männer beisammen standen, trompetete der Schnellbuchs Michel ganz laut durch seine stockverschmupfte Nase:

„In Lebtag wird aus dem nix. Maurer, Ziegler, das vielleicht, aber sonst nix. Der reinste Narr.“

Die Klar drehte sich um.

„Nun, wann er sonst nix werden kann, Schnellbuchs Michel kann er noch immer studieren. Dazu ist er nit Esel genug. Oder meinst du, dazu müßt man so ein großer Esel sein, daß er auch das nit studieren könnt? Fressbauer, dummer!“

Sie ging und hatte die Lacher auf den Seiten.

Aber obgleich es Fastnacht gewesen war, wo jeder Spaß erlaubt und geduldet, ja belobt wurde, dem Philipp wurde er doch nicht verziehen. Die Leute hatten nur eine Gewißheit mehr, daß er kein Lehrer werden konnte. Er war verrückt. Er hatte einen Spatzen für sie.

Und wohin der Philipp kam, der Spott wurde hinter ihm hergehört. Sein Katzenlied wurde benutzt, ihm Katzenmüssen zu bringen.

Den Eulenmüllerhuben ging es im Dorfe ähnlich wie dem Philipp. Sie wurden als nicht zugehörig angesehen und deshalb abgestoßen. Sie fuhren auch beide nach Mainz in die Schule, waren anders gekleidet, sprachen nicht den Dialekt des Dorfes, Grund genug, sie zu verachten und zu verfolgen. Inzeiten ging der Haß gegen sie so weit, daß sie sich kaum mehr ihrer Angreifer erwehren konnten und sich auf Schlimmste gefaßt machen mußten. Steine reichten nicht mehr aus. Da waren die Katapulte, in Leder eingenähte eiserne Kugeln, die an einer starken Kordel befestigt waren und geworfen werden konnten, ohne daß sie verloren gingen, denn die Kordel war am Handgelenk festgebunden. Es waren die Waffen, die im Kriege gegen die Sorgenlöcher und Zornheimer Huben erfunden worden waren und angewandt wurden. (Fortsetzung folgt.)

worben, deren Bilanzen im Durchschnitt als Grundlage für die Festlegung der Hundertsätze dienen sollten.

Bei den Zuschlägen wird unterschieden in solche, die feststehen, bewegliche (umzuliegende) und solche, welche eine Höchstgrenze darstellen. Zu den letzteren gehören die möblierten Zimmer, für deren Berechnung die Miete festzustellen ist, die der Untervermieter selbst für den leeren Raum zu zahlen hat. Hierzu kommen im Höchstfalle für einfache Zimmer 150 Prozent, für bürgerliche Zimmer 250 Prozent und für elegante Zimmer 500 Prozent. Morgenkaffee, Heizung usw. unterliegen besonderer Bezahlung zu angemessenen Preisen. Als feste Zuschläge zur Grundmiete werden voraussichtlich erhoben:

- 5 % für Steigerung der Mieten.
- 50-115 % (nach Art der Häuser) für Verwaltungskosten, einschließlich Kosten für Hausreinigung, 50 % für laufende Instandsetzungsarbeiten, 35 % für Treppen- und Flurbeleuchtung, 60 % für Feuer-, Glas-, Haftpflichtversicherung und Wasserleitungsschäden.

Dazu kommen die beweglichen Zuschläge, welche monatlich nach Eingang der Rechnungen auf den Mieter umzuliegen sind, insgesamt ca. 250 % für Grund- und Gebäudesteuer, Entwässerungsgebühren, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Kosten für Müllabfuhr; ferner für große Instandsetzungsarbeiten bis zu 50 % im Einzelfalle. Dieser Prozentsatz ist nur für Verzinsung und Amortisationen der aufzuwendenden Mittel vorgesehen. Einen Ausgleichsfonds für die großen Instandsetzungsarbeiten zu schaffen, scheitert an der Kostspieligkeit des aufzuwendenden Apparates und ist es bei den Verhandlungen erreicht worden, daß der zahlungsunfähige Mieter durch diesen Prozentsatz geschützt wird.

Der Portierverband und die Gewerkschaften werden ihr Hauptaugenmerk auf die Erfüllung der Pflichten der Hauswirte gegenüber den Angestellten und Reinigungsfrauen lenken müssen und sollen für hauptamtlich beschäftigte Portiers in Geschäftshäusern besonders 175 % der Grundmiete erhoben werden. In den Durchführungsbestimmungen sind Schlichtungskammern vorgesehen mit einem Vorsitzenden und je einem Mieter- und Vermieter-Vertreter und einem Sachverständigen des Wohnungsamtes als Berater.

Die festgestellten Hundertsätze ergeben mehr als das Doppelte der jetzt gezahlten Miete (Grundmiete + 500 % = Friedensmiete + 120 % x 2). Einzu kommt noch, daß der Mieter die Kosten für Tapezieren, Anstreichen der Wände und Decken, Fußböden, Türen, Fenster selbst tragen muß.

Die Bestimmungen aus dem Reichsmietengesetz erlauben eine enorme Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung und werden Lohnkämpfe zur unvermeidlichen Folge haben. Hierzu kommt noch das wie bisher die Wohnraumbauabgabe von 50 Prozent auf die Friedensmiete erhoben wird. Sobald die Befristung in Kraft tritt, wird es an den Mieter-Vertretern liegen, genaue Kontrolle darüber zu führen, daß die aufgeführten Mittel richtige Verwendung finden.

Es wird sich in der Praxis bei der Anwendung des Reichsmietengesetzes sehr bald herausstellen, daß das ganze Mißverhältnis des Hausbesitzes auf die Mieter abgewälzt wird. Dem Hausbesitz werden zwar, wenn die Mieter die alte Arbeit leisten, keine übermäßigen neuen Einnahmen zufließen. Aber sein Besitz bleibt ihm erhalten und wird laufend im Wert gesteigert. So wird die Entwicklung dazu führen müssen, daß der Hausbesitz wieder zum Spekulationsobjekt wird. Unter dem Druck dieser Entwicklung muß die Bewegung auf Enteignung des Hausbesitzes und Überführung in gemeinschaftliche Verwaltung zureichen. Daraus muß sich die ganze planmäßige Arbeit der Sozialisten richten. Den kommunikativen Demagogen wird man freilich deutlich entgegenhalten müssen, daß auch dann, wenn diese Enteignung unter den günstigsten Bedingungen vor sich geht, für ihre alberne Sache immer noch Raum bleibt. Denn umsonst wird man auch dann nicht mobnen.

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

In Hamburg war im ersten Halbjahr 1922 sehr stark beschäftigt, was in der gewaltigen Steigerung der Umsätze zum Ausdruck kommt, obwohl diese natürlich auch durch die rapiden Papierpreissteigerungen beeinflusst wurden. Letztere machten sich namentlich im zweiten Vierteljahr geltend, das eine Vermehrung des Umsatzes gegenüber dem zweiten Quartal 1921 von 12 063 597 Mark auf 56 493 348 Mark ergab. Der Umsatz des ersten Halbjahrs betrug insgesamt 86 047 643 Mark gegen 25 571 645 Mark, also 60 475 998 Mark mehr; davon entfielen auf die Druckerei und Papierwarenfabrik 67 075 819 Mark (17 320 298 Mark), das Verlagswesen 17 967 302 Mark (8 103 157 Mark), das Elektrizitätswerk 1 004 422 Mark (148 600 Mark). Auch weiterhin ist der Betrieb noch reichlich mit Aufträgen versehen.

Der Tod des Straßenbahnschaffners **Cöpernick**, über dessen sonderbare Begleitumstände wir berichteten, ist von der Kriminalpolizei jetzt vollständig aufgeklärt worden. Der Angeklagte in den Rücken, der erst auf der Leichenwache entdeckt wurde, deutete zunächst auf einen Mord hin. Jetzt steht aber außer Zweifel, daß Cöpernick das Opfer eines Schreckschusses geworden ist. Der Mann, der ihn abgebeugt hat, ein Bankbeamter, ist von der Kriminalpolizei ermittelt und gestern eingehend verhört worden. Er gibt zu, geschossen zu haben, behauptet aber ebenso wie seine Begeleiterin, nichts davon gehört zu haben, daß jemand gefallen sei. Der Bankbeamte sah an dem verhängnisvollen Abend mit einer Dame auf einer Bank im Viktoriapark. Als er hinter sich Zweige knacken hörte, während seine Begeleiterin zu gleicher Zeit einen großen Mann sah, fürchtete er, überfallen zu werden und gab nach obenhin einen Schuß ab, der den vermeintlichen Angreifer verschleudern sollte. Zur Vorhut rief er zunächst noch in das Gebüsch hinein, um den Mann zu vertreiben. Der Schuß dachte nicht daran, daß das Gebüsch feil sei. Wäre es eben gewesen, so hätte seine Kugel kein Unheil anrichten können. So aber traf sie Cöpernick, der ohne Zweifel „gedrückt“, d. h. das Pärchen beobachtet hatte, um heimlich, wie er gekommen war, wieder davonzuschleichen. Die Begeleiterin, hat außer dem Bankbeamten und seiner Begeleiterin in der kritischen Zeit noch ein junges Pärchen auf einer Nebenbank gesehen. Weil nun der Bankbeamte und seine Begeleiterin von dem Fall eines Mannes nach dem Schuß nichts gehört und gesehen haben wollen, so wäre es dringend erwünscht, auch dieses zweite Pärchen noch hören zu können. Es wird erlucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Engelbrecht im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Selbstmord eines Ehepaares. Gestern nachmittag wurden der 32 Jahre alte Pigaarenhändler Ernst Heider und seine 31 Jahre alte Ehefrau Margarete in ihrer Wohnung im Banje Kanalstraße 7 in Wilmsdorf tot aufgefunden. Die Eheleute hatten sich aus wirtschaftlicher Not mit Gas vergiftet.

Boßhalschneider an der Arbeit. Gestern vormittag wurde der 10-jährige Schülerin Gertrud Krüger, als sie sich auf dem Wege nach der elterlichen Wohnung in der Wilhelmstraße in Kaufdorf befand, von drei Männern, die ihr unmerklich gefolgt waren, der Kopf abgeschnitten. Als das Kind laut weinend um Hilfe rief, machten sich die Täter davon.

Bei einer Schlägerei schwer verletzt. Gestern abend kam es Ecke der Schul- und Marxstraße zu einer Schlägerei zwischen fünf Männern und einer Frau, wobei sich etwa 150 Reuenerläge ansammelten. Als die Polizei einstrich, hatten bereits mehrere Personen Verletzungen erlitten. Ganz besonders schlecht war der 34 Jahre alte Arbeiter Friedrich Paetzle davon gekommen; er mußte mit erheblichen Kopfwunden nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft werden.

Unter Steinen begraben. Gestern nachmittag wollte der 53 Jahre alte Kutcher Franz Tauch auf dem Steinplatz der Firma Scheldt in der Helmholzstraße Steine versetzen. Dabei stürzte ein Steinbauwerk zusammen und begrub Tauch unter sich. Man schaffte ihn mit mehreren Rippenbrüchen nach dem Virchow-Krankenhaus.

Schwerer Kraftwagenunfall. Freitag vormittag stieß an der Sieges-Allee ein Personenkraftwagen mit einer „Elektrischen“ der Linie 75 heftig zusammen. Dabei wurde das Auto stark beschädigt und beide Insassen, der 43 Jahre alte Ingenieur Karl Diepenbrock aus Hermsdorf und der 47 Jahre alte Obermeister Franz Pohl aus Oberschönweide, kürzten auf das Pflaster und trugen schwere Verletzungen davon. Beide mußten nach der Charité geschafft werden.

Gewerkschaftliches

Streik in der Rheinschiffahrt

Zur Beilegung der Differenzen wurde durch ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedsspruch für die deutschen Schiffsmannschaften in der Rheinschiffahrt gefällt. Er sieht eine durchschnittliche Erhöhung der Rebeverhältnisse um 50 Prozent vor. An Wochenlöhnen wurden festgelegt: Kapitäne und 1. Maschinisten 2000 M., Schiffsführer, Steuerleute, 2. Maschinisten 2525 M., Deiser 2450 M., Matrosen 2415 M., Schiffsdienste 940 M., 1140 M., 1340 M., (1., 2. und 3. Dienstjahr). Dieser Schiedsspruch wurde abgelehnt, weil er weiter festlegte, daß der Unrechnungssturz für die Salutarverhältnisse (d. i. Aufwandsentschädigung bei Reisen ins Ausland) 40 Proz. des Taakelohnes betragen soll. Die Löhne verbleiben so für eine Arbeitswoche von 55 Stunden. Für die Schiffsmannschaften ist diese Bestimmung unannehmbar, sie fordern Beibehaltung der alten Salutarverhältnissen.

Bei der allgemeinen Ablehnung der deutschen Rheinschiffer über den Schiedsspruch wurden die Lohnsätze selbst als annehmbar bezeichnet. Die Regierung und der allgemeine Arbeitgeberverband für die Rheinschiffahrt wurden ultimativ bis morgen aufgefordert, eine für das Schiffahrtspersonal annehmbare Entscheidung zu treffen, andernfalls die gesamte deutsche Rheinschiffahrt unverzüglich lahmgelegt wird. Der bereits am Samstag vormittag in Mannheim begonnene Rheinschifferstreik wird heute auf die Strecke Mannheim-Basel ausgedehnt. Eventuell wird morgen die Stilllegung der Rheinschiffahrt stufenweise, zunächst von Duisburg nach den Niederlanden erfolgen. Die Forderungen einer Gesamtleistung der Rheinschiffahrt sind katastrophal. Abgesehen davon, daß die westdeutsche Industrie infolge mangelnder Rohstoffzufuhren erleidet, wird die Verbesserung der Reparationskosten nach Straßburg, Antwerpen und Rotterdam unterbunden. Falls die Stilllegung der deutschen Rheinschiffahrt notwendig wird, soll mit den freiziehenden niederländischen Rheinschiffern eine einheitliche Kampflinie gebildet werden.

Die Schutzbestimmungen im Bäckergewerbe

Die Volksbeauftragten hatten am 23. November 1918 zum Schutze der Bäckerarbeiter eine Verordnung erlassen, die allen Beschäftigten des Gewerbes die achtstündige Arbeitszeit brachte. Gleichzeitig wurde die gesundheitsschädigende Nacharbeit untersagt. Jede Arbeit in der Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr wurde für das Bäckergewerbe verboten. Wegen dieser Verordnung wird von den Unternehmern fortgesetzt verstoßen, da die bestehenden Strafbestimmungen sie von dem gesetzlichen Verhalten nicht abhalten. Sie werden durch die Gleichgültigkeit einzelner Teile der Berufsangehörigen dazu leider ermutigt.

Der Verband der Bäcker und Konditoren erwartet nun von der organisierten Arbeiterschaft, daß ihnen alle Fälle mitgeteilt werden, wo die Verordnung nicht beachtet wird. Besonders muß auf die kleinen Betriebe, die Lehrlinge und jugendliche Personen beschäftigen, geachtet werden. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß die Meister erklären, ihnen ginge die Verordnung nichts an. Gejellen, die sich weigern, gegen die Verträge zu verstoßen, werden auf die Straße gesetzt. In diesen Betrieben werden dann gewöhnlich nur Lehrlinge und sogenannte Volontäre beschäftigt.

Mit diesem Zustand muß aufgeräumt werden! Die arbeitende Bevölkerung kann die Berufsorganisation der Bäcker in ihrem Bestreben wirksam unterstützen. Es wird gebeten, Mitteilungen an den Verband der Bäcker und Konditoren, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 24-25 (Telephon: Moritzplatz 2306), zu richten.

Textilarbeiterstreik in Brandenburg

Am Sonabend vormittag verließen 1400 Textilarbeiter die Betriebe, da auf den Wunsch nach baldiger Verhandlung über eine allgemeine Lohnerhöhung eine Antwort gekommen war, die nicht befriedigen konnte. Die gesamte Arbeiterschaft zog in geschlossenem Zuge nach dem Gebäude des Schlichtungsausschusses, wo eine Verhandlung mit dem Tuchfabrikanten S. Genrich und der Beiraterin dessen der seit sechs Tagen im Streik stehenden Arbeiterschaft stattfand. Herr Genrich zeigte kein Entgegenkommen, da er glaubt, mit dem „wildem“ Streik leicht fertig zu werden. Tatsache ist, daß die Streikgenehmigung vorliegt. Den Anlaß zu diesem Kampf hat S. Genrich gegeben, indem er eine andere Lohnverrechnung zum Schaden der Weberinnen einführte.

Da Genrich Aufträge für Behörden und Private auf Suche ausführt, seien hier die von ihm gezahlten Löhne angeführt. Der Stundenlohn beträgt für Männer 20,90 M., für Frauen 14,70 M. Leider kann sich Genrich als Tuchfabrikant auf die überaus niedrigen Löhne der Jute Spinnerin usw. berufen. Die Brandenburger Textilarbeiterstreik steht in Verdienstmöglichkeiten hier am Orie selbst wie in der Textilindustrie im allgemeinen an schlechtester Stelle.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Lohnabschluß in der Lederwarenindustrie

In der am Freitag, den 11. August in Bökers Festhalle stattgefundenen Versammlung aller in der Lederwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erstattete Blume Bericht über die Reichstagsverhandlungen in Frankfurt a. M. Danach haben die Unternehmer die geforderten einheitlichen Stundenzuschläge abge-

lehnt und dafür auf alle Akford- und Zeitsöhne einen Zuschlag von 20 Prozent geboten. Dies wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Nach den verschiedenen Vorschlägen kam ein Vergleich zustande, der auf alle bestehenden Löhne einen Zuschlag von 33 1/2 % vorstelt. Ungelernte Arbeiterinnen erhalten einen Zuschlag von 37 1/2 %. Die Mindestlöhne betragen in den obersten Klassen für gelernte Facharbeiter 41,05 Mark, für Hilfsarbeiter 38,15 Mark, für Arbeiterinnen 21,80 Mark und Stepperinnen 27,45 Mark. Lehrlinge erhalten ebenfalls 33 1/2 %. Der Lohn beträgt im ersten Jahr 180 Mark, im zweiten Jahr 240 Mark, im fünften Halbjahr 270 Mark und im sechsten Halbjahr 300 Mark pro Woche. Der Abschluß läuft bis 1. September. Gottschalk behandelte noch kurz den neu abzuschließenden Reichstaxi, über den Anfang September die Verhandlungen stattfinden. Eine in Kürze stattfindende Versammlung wird hierzu Stellung nehmen.

Neue Löhne in Geschäfts- und Industriehäusern.

Die Lohnbewegung der Portiers, Deiser, Fahr-, Fuhrführer, Reinemachefrauen usw. endete vorläufig mit einem Schiedsspruch, den der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin in seiner Sitzung am 9. d. Mts. gefällt hat. Der Schiedsspruch sieht folgende Lohnerhöhungen fest: Für die Zeit vom 16. bis 31. Juli sollen auf die bestehenden Löhne Zulagen von 175 M.; für den Monat August weitere 325 M. pro Woche gezahlt werden, und zwar für die männlichen Arbeitnehmer die gleichen Beträge, Reinemachefrauen in Geschäfts- und Industriehäusern erhalten für die Zeit vom 16. bis 31. Juli eine Stundenzulage von 2,25 M. und für den Monat August eine weitere Zulage von 4,50 M. pro Stunde.

Der Schiedsspruch ist in Druck gegeben und kann Mitte nächster Woche im Büro, Bagreuther Erlasse 31, in Empfang genommen werden.

Die Löhne für die Handelshilfsarbeiter

Der Schiedsspruch für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel ist von beiden Parteien, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, abgelehnt worden. Am Montag fanden nunmehr erneute Verhandlungen zwischen der Einzelhandels-gemeinschaft und dem Deutschen Handelskammerverband statt. Nach stundenlangem Beratung wurde folgende Vereinbarung getroffen: Ab 1. 8. 1922 betragen die Löhne für die ledigen Arbeiter 1425 M., für die verheirateten 1500 M., für die verheirateten mit Kindern 1580 M. Die Erhöhung der Löhne für die Auswärtigen beträgt 45 %, desgleichen die für die Weiblichen. Der Veriron hat Geltung bis zum 31. August 1922.

Die am Montag abend stattgefundenen Mitglieber-versammlung im Gewerkschaftshaus, in welcher Vollmeier über das Verhandlungsergebnis berichtete, stimmte der Vereinbarung zu. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Verhandlungsbeiträge für den Branch-Einzelhandel ab 34. Woche für erwachsene männliche Arbeitnehmer 21 M. und für erwachsene weibliche Arbeitnehmer 15 M. betragen.

Die neuen Tarifverträge sind im Büro des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Zimmer 31, zum Preise von 1 M. gegen Vorzahlung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Lohnbewegung in der chemischen Industrie

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie hatte in der Urabstimmung das Verhandlungsergebnis von 7 M. Stundenlohnsteigerung mit großer Mehrheit abgelehnt. Nachmalige Verhandlungen lehnten die Unternehmer als vorläufig ab. Der von den Parteien angeregte Bezirksarbeitsausschuss der chemischen Industrie erhöhte die Zulage für die erste Hälfte August auf 8 M., für die zweite Hälfte auf 10 M., für den Vollarbeiter und die Familienzulage auf 36 M. pro Kopf und Woche. Die Abmachungen über Vorkauf der Jugendlichen usw. wurden bestätigt. Die vom Verband der Fabrikarbeiter für Sonnabend, den 12. August, einberufene Funktionärkonferenz nahm nach heftiger Debatte auf Anraten der Organisation gegen eine erhebliche Opposition den Spruch an: — Auslastung über Löhne und Tarifangelegenheiten im Verbandsbüro der Fabrikarbeiter, Engel-Ufer 24-25, Aufg. C, 1 Treppe.

Neue Löhne im Malergewerbe

laut Entscheidung des Haupttarifamtes für das deutsch Malergewerbe vom 10. August 1922 beträgt der Lohn in Groß-Berlin: Ab 16. August 1922 für Maler über 20 Jahre 45.—, für Maler unter 20 Jahre 40,50, für Anstreicher über 20 Jahre 44,50, Ab 1. September 1922 für Maler über 20 Jahre 48,50, für Maler unter 20 Jahre 43,65, für Anstreicher über 20 Jahre 48.—. Das Lohnabkommen läuft bis zum 15. September 1922.

Verband der Maler, Filiale Berlin.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Das Protokoll über diese am 17. und 18. Juni d. J. in Leipzig stattgefundene Tagung ist nun erschienen. Es erregt besonderes Interesse dadurch, daß in ihm nähere zahlenmäßige Angaben über den Anteil der Jugendlichen an der Mitgliedschaft der einzelnen Verbände gegeben werden. Die Einrichtungen der Verbände und die verschiedene Art ihrer Betätigung für die Jugend wird dargestellt. In ausführlicher Wiederholung ist dann das Referat von H. Meißner-Berlin über „Das neue Lehrlingsrecht und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung“ zu finden. Das mit großem Fleiß ausgearbeitete Referat bietet jedem, der sich mit Lehrlingsfragen beschäftigen muß, eine Fülle von Anregungen und auch Hinweise auf geltende gesetzliche Bestimmungen. In Zusammenhang damit stehen die Ausführungen des Ing. A. Frühlich über „Lehrwerkstätten“, die aufzeigen, was auf dem Gebiet der Berufsbildung noch zu leisten ist. Das Protokoll kostet im Buchhandel M. 11.—; durch die Gewerkschaftlichen Organisationen ist es für Mitglieder zu Vorzugspreisen zu haben.

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und der A.M.-Bund. Dinstaglich Groß-Berlin, veranstalten am 31. August 1922, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 24-25, einen Kunstabend, an dem Blüten morgenländischer Dichtungen von Caroline Gwynne-Griesbach vorgetragen und durch Herrn Professor Horke vom orientalischen Seminar erläutert werden. Der Eintrittspreis beträgt 10 Mark. Der Ueberdruck wird der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde zugewandt. Eintrittskarten sind ab Montag, den 21. August, in allen Gewerkschaftsbüros erhältlich.

Transportarbeiter und Antiker! Die Kollegen des Eisenhandels befinden sich seit Sonnabend in einem ausdauernden Streik. Es ist uns bekannt geworden, daß einzelne Güterabfertigungen zwangsweise Entladungen von Wagonen vornehmen lassen wollen. Wenn die zwangsweise Entladung dieser Wagonen schon schwer zu verhindern ist, wird andererseits erwartet, daß beim Abtransport kein Kollege behindert ist und diese Streikarbeit verweigert. Uebst beste Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zur Lohnbewegung der Bach-Angestellten teilt der Deutsche Portierverband mit, daß auch die Industrie-Bewachungs-A.-G., Innsbrucker Straße 28, die Forderungen bewilligt hat.